



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 18.09.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:40 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Dr. Burkhard Eymer- CDU		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)		
Christopher Lötsch- CDU		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Ute Friedrichsen- SPD		
Günter Kämer- CDU		Vertretung für: Frau Roswitha Kaske
Thomas-Markus Leber- FDP		
Karsten Mihr- BfL		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dieter Rosenbohm- BfL		
Frauke Jilsoe- SPD		Vertretung für: Herrn Harald Quirder - Nur öffentlicher Teil
Oliver Prieur- CDU		Vertretung für: Herrn Dirk Freitag
Elfi Rostkowski- SPD		Vertretung für: Herrn Tim Klüssendorf
Michael Rostkowski- SPD		Vertretung für: Herrn Ulrich Pluschkell
Thilo Untermann- CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Ulrich Brock
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Joanna Glogau- Fachbereichsleitung		
Dennis Bunk- GMHL		
Matthias Drever- 5.660 Stadtgrün und Verkehr		
Karsten Schröder- Stadtplanung u. Bauordnung		
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority		
Markus Toll- Fachbereichscontrolling (5.060)		Bis TOP 6.2.2
Anton Wetzel- Fachbereichscontrolling (5.060)		Bis TOP 6.2.2

Arnd Babendererde- Gebäudemanagement HL (5.651)	
Andreas Borchardt- Schule und Sport (4.401)	Bis TOP 4.2.3
Friederike Cosack- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 2.1
Doris Drochner- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	TOP 3.2
Conja Grau- Wirtschaft und Liegenschaften (2.280)	
Annette Höhn- Lübeck Port Authority (5.691)	
Petra Schmittner- Frauenbüro (1.160)	Bis TOP 4.2.4
Ralf Schott- Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Bis TOP 4.2.4
<b>Protokollführung</b>	
Thomas Kaacksteen- Fachbereichscontrolling FB 5	
<b>Gäste</b>	
Marta Czerwinski-	Bis TOP 4.2.4
Sabine Haenitsch- KWL	TOP 9.1 und 9.3
Klaus-H. Petersen- Büro ppp Architekten	Bis TOP 4.2.3
<b>Sonstige Personen</b>	
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Bis TOP 4.2.4 (18:00 Uhr)
Christian Rettberg- Behindertenbeauftragter	Nur öffentlicher Teil
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Tim Klüssendorf- SPD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Entschuldigt abwesend
Ulrich Pluschkell- SPD	Entschuldigt abwesend
Harald Quirder- SPD	Entschuldigt abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Dr. Ulrich Brock- CDU	Entschuldigt abwesend
Roswitha Kaske- CDU	entschuldigt abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 17.07.2017
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
2.1.	Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2017/05203
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Übertragung der Erschließung des Bebauungsplangebiets "05.42.00 – Trift- straße/Georg-Kerschensteiner-Straße" auf Dritte durch Vertrag (5.660) Vorlage: VO/2017/05164
3.2.	Finanzierungsanteile der Hansestadt Lübeck bei den Stadtumlandverkehren aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg Vorlage: VO/2017/05105
3.3.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Travemünde Skandinavienkai Um- bau Anleger 8 (5.691) Vorlage: VO/2017/05190
3.4.	Freigabe zur Umsetzung der Baumaßnahme Ersatzneubau Bahnübergang "Am Waldsaum" (5.691) Vorlage: VO/2017/05193
3.5.	Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maß- nahme Erneuerung Bahnübergang "Am Waldsaum" (5.691) Vorlage: VO/2017/05194
3.6.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Anleger 4, Er- neuerung der Kaimauer (5.691) Vorlage: VO/2017/05198
3.7.	Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maß- nahme Vorwerker Hafen, Anleger 4, Erneuerung der Kaimauer (5.691) Vorlage: VO/2017/05199
3.8.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Ersatzneubau der Uferbauwerke im Fischereihafen Lübeck-Travemünde (5.691) Vorlage: VO/2017/05200

3.9.	Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maßnahme Ersatzneubau der Uferbauwerke im Fischereihafen Lübeck-Travemünde" (5.691) Vorlage: VO/2017/05201
3.10.	Vorlage zur außerplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung von Brandschutzmaßnahmen und bautechnischen Instandsetzungen an der Julius-Leber-Schule, Marquardt-platz 7, 23554 Lübeck Vorlage: VO/2017/05241
3.11.	Projektfreigabe zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie, Parade 2 in 23552 Lübeck über 175.000,00 EUR Vorlage: VO/2017/05244
4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	Jahresbericht 2016 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/04922
4.2.2.	Sitzungstermine des Bauausschusses 2018 Vorlage: VO/2017/05226
4.2.3.	Mündlicher Bericht (5.651): Vorstellung der Planung Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen (Zusammenlegung der Standorte)
4.2.4.	Mündlicher Bericht (5.660): Konzeptioneller Ansatz bei der Planung von Kinderspielplätzen
4.2.5.	Mündlicher Bericht (5.660): Grundhafte Sanierung der Kantstraße - Aktueller Sachstand
4.3.	Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung
4.4.	Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen
4.5.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen

5.3.	Anträge
5.3.1.	Antrag des AM Carl Howe [GAL]: Fußgängerbrücke Wakenitz Vorlage: VO/2017/05263
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

## **zu 1      Allgemeiner Teil**

### **zu 1.1      Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende Herr Dr. Eymer begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die nur der Protokollerstellung dienen.

*Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis.*

### **zu 1.2      Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Wege der Dringlichkeit:

Öffentlicher Teil:

3.11.    Projektfreigabe zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie, Parade 2 in 23552 Lübeck über 175.000 EUR    **VO/2017/05244**

5.3.1.    Antrag des AM Carl Howe (GAL); Fußgängerbrücke Walkenitz    **VO/2017/05263**

Herr Rostkowski beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 9.1, da sich die SPD-Fraktion noch nicht ausreichend mit dem Thema befasst habe. Weiterhin beantragt er die Vertagung des TOP 9.3 und zusätzlich die Behandlung des Themas in öffentlicher Sitzung.

Herr Lötsch schlägt vor, die beiden genannten Tagesordnungspunkte erst einmal aufzurufen, darüber zu diskutieren und dann ggf. zu vertagen.

Herr Howe beantragt den TOP 5.3.1 um eine Sitzung zu vertagen.

Herr Lötsch beantragt den TOÜP 4.2.2 ebenfalls um eine Sitzung zu vertagen.

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP sowie die Vertagung der TOP 4.2.2 und 5.3.1.*

### **zu 1.3      Niederschriften, öffentlich vom 17.07.2017**

Herr Rostkowski beantragt die Vertagung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 04.09.2017, da diese bisher nur in digitaler Form vorgelegen habe und sie deshalb von den Bauausschussmitgliedern noch nicht eingesehen werden konnte. Eine Umverteilung in Papierform erfolgt als Tischvorlage am 18.09.2017.

*Der Bauausschuss vertagt den TOP 1.3 einstimmig auf den 02.10.2017.*

### **zu 2            Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren**

#### **zu 2.1      Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2017/05203**

Frau Friedrichsen möchte wissen, warum auf der Seite 5 von 8 im Teil B die Halbinsel Kaninchenberg zur Stadtteil Schlutup zugeordnet worden sei.

Frau Cosack führt aus, dass es sich hier um eine Gemarkungsbezeichnung handelt. Das Grundstück befindet sich in der Gemarkung Schlutup und nicht im Stadtteil Schlutup.

Frau Friedrichsen möchte weiter wissen, ob es geplant sei im Umfeld des Gebietes Kita-Plätze vorzuhalten, so wie es in der Abwägung gefordert, allerdings in der Begründung verworfen wurde.

Frau Cosack erörtert, dass es direkt im Planungsgebiet keine Kitas geben werde, aber man sich mit dem zuständigen Bereich zusammengesetzt habe, um einen Standort für einen Kita-neubau zu finden, damit der bestehende Bedarf an Kitaplätzen in St. Lorenz gestillt werden könne.

Frau Friedrichsen möchte wissen, wer die Grünanlagen bezahlen werde und sich um die Unterhaltung kümmere.

Frau Cosack versichert, dass dies beides beim Investor läge und auf die Hansestadt Lübeck hierfür keine Kosten zukämen.

Herr Howe spricht die auf der Seite 5 von 8 im Teil B unter Punkt 7.1 erwähnten Ausgleichsflächen in Neukirchen-Malente an und möchte wissen, auf wessen Ökokonto dies gehe. Frau Cosack erläutert, dass es zum Zeitpunkt der Abstimmung keine in solcher Größe notwendigen Ausgleichsflächen in der Hansestadt Lübeck gegeben habe und der Vorhabenträger daher auf den Kreis Ostholstein ausgewichen sei. Allerdings laufe momentan ein Verfahren, um wieder Ausgleichsflächen in Lübeck auszuweisen.

Herr Howe möchte wissen, warum der Baum Nummer 22 gefällt werden müsse. Frau Cosack berichtet, dass dieser Baum bzw. sein Wurzelwerk die Erschließungsstraße für das Gebiet tangiere.

**Herr Howe stellt folgenden Antrag: Der Baum Nummer 22 soll erhalten bleiben und nicht gefällt werden.**

**Weiterhin stellt Herr Howe folgenden zusätzlichen Antrag: Auf der Seite 6 von 8 im Teil B unter Nummer 8.2 ist folgender Passus im ersten Absatz zu streichen: „mit Bedachungen aus Metall oder mit Bitumen-, Kunststoff- oder Elastomerbahnen (mit und ohne Deckschicht, z.B. Kies)“ – So dass nur noch folgende Aussage dort steht: „Flachdächer und Pultdächer sind als Gründächer auszuführen“.**

Herr Ramcke möchte von der Verwaltung wissen, was hier aufgrund vieler Einwände in Bezug auf Gründächer getan werde. Frau Cosack erläutert, dass an einem Konzept gearbeitet werde, welches dies berücksichtige.

Herr Ramcke möchte hierzu weiter wissen, in welchem Zeitrahmen dieses Konzept erarbeitet und im Bauausschuss vorgestellt werde. Herr Schröder ergänzt, dass dieses Konzept im Zuge kommender B-Planverfahren erörtert werde. Herr Lötsch sieht es als wichtig an, dass solche Änderungen im Bauausschuss vorgestellt und erörtert werden.

Herr Ramcke möchte zu den Abwägungen zwischen der UNB und der Stadtplanung bezüglich der Mähintervalle auf der Naturwiese wissen, wie dieses dreimalige Mähen zustande gekommen sei. Frau Cosack verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass dies eine Anregung von der UNB gewesen sei und sich durch eine dreimalige Mahd die Nutzbarkeit der Wiese für die Naherholung verbessere.

Der Vorsitzende lässt über den ersten Antrag von Herrn Howe abstimmen (Baum Nr. 22 erhalten):

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag:	2 Stimmen
Gegen den Antrag:	12 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

*Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.*

Der Vorsitzende lässt über den zweiten Antrag von Herrn Howe abstimmen (Streichung einer Textpassage):

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag:	6 Stimmen
Gegen den Antrag:	9 Stimmen

*Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.*

Der Vorsitzende lässt über die unveränderte Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.***Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen des ausgelegten Bebauungsplanentwurfes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.  
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

<b>zu 3      Sonstige Beschlussvorlagen</b>
---

<b>zu 3.1      Übertragung der Erschließung des Bebauungsplangebiets "05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße" auf Dritte durch Vertrag (5.660) Vorlage: VO/2017/05164</b>
--

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.*

**Beschluss:**

Die Erschließung des Bebauungsplangebiets „05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße“ wird durch Vertrag auf die „Dienstleistung 2000 GmbH“ übertragen.

**zu 3.2      Finanzierungsanteile der Hansestadt Lübeck bei den Stadtumlandverkehren  
aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg  
Vorlage: VO/2017/05105**

Frau Friedrichsen merkt an, dass sie in der Beratungsfolge den Ausschuss für Schule und Sport vermisst und dass in dieser Vorlage ein Beschluss gefasst werden solle, der ohne Daten und Zahlen versehen sei. Ihr sei die hier dargestellte Datenlage zu dünn.

Frau Drochner erläutert, dass es schwierig sei, an diese Daten zu kommen, da sie in diesem Zusammenhang auf die Mitarbeit der Schulen angewiesen sei. Der Kreis Herzogtum Lauenburg brauche eine Aussage seitens der Hansestadt Lübeck, da von dort bereits die Ausschreibungen am Laufen seien.

Frau Friedrichsen schlägt daher vor, aus dieser Beschlussvorlage einen Bericht zu machen, der zur Kenntnis genommen werde.

Frau Drochner verweist noch einmal darauf, dass der Kreis eine Antwort seitens der Hansestadt erwarte.

Herr Prieur regt an, sich bezüglich der Anzahl der Schüler an den Bereich Schule und Sport zu wenden, da dort die Zahlen der ein- und auspendelnden Schüler erfasst sein müsste.

Frau Drochner führt aus, dass Kronsforde mit zu Lübeck gehöre.

Herr Ramcke möchte wissen, ob mittlerweile eine Antwort vom Stadtschülerparlament vorläge.

Frau Drochner bestätigt dies, gibt diese Information aber als sehr vage an.

Herr Lötsch möchte wissen, ob diese in der Vorlage angegebenen Zahlen nachgewiesen oder nur vermutet seien.

Frau Drochner bestätigt, dass die aufgeführten 20 Schüler nachgewiesen seien.

Herr Lötsch möchte weiter wissen, was passieren werde, wenn der Bauausschuss diese Vorlage vertagen werde.

Frau Drochner führt aus, dass sie nicht wissen, wie der Kreis dann im weiteren Verfahren agieren werde.

Herr Voht sieht es als positiv an, dass mit dieser Maßnahme die ländlichen Räume gefördert bzw. angeglichen werden.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob es bei mehr Einpendlern nach Lübeck auch Gelder vom Kreis geben werde.

Frau Drochner verweist auf die vor Jahren in der Bürgerschaft beschlossene Grundsatzentscheidung.

Herr Kämer sieht in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf und schlägt vor, erst einmal mit dem Kreis Rücksprache zu halten und dann erneut mit dieser Vorlage im Bauausschuss vorstellig zu werden.

Frau Drochner weist darauf hin, dass sich der Kreis bereits in Vertragsverhandlungen befände.

Herr Lötsch sieht es als positiv an, dass die ländlichen Räume besser angeschlossen werden, moniert aber auch die fehlenden Daten in dieser Vorlage. Er möchte wissen, für welchen Zeitraum sich die Hansestadt Lübeck binden müsse.

Frau Drochner erklärt, dass es sich wahrscheinlich um acht bis zehn Jahre handele.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es möglich sei eine Erhebung bezüglich der Auslastungen der Busse durchzuführen und einer vertraglichen Bindung nur für fünf Jahre zuzustimmen.

Frau Drochner führt aus, dass es sich hierbei um einen Vertrag des Kreises handele und ergänzt, dass eine Befragung bezüglich der Auslastung möglich sei.

Herr Dr. Eymer möchte wissen, ob hiermit eine Versorgungslücke für Kronsforde geschlossen werde, was Frau Drochner ihm bestätigt.

Herr Mihr bemängelt den hier aufgebauten Zeitdruck und verweist auf den langen Zeitraum zur Erstellung dieser Vorlage von Januar bis jetzt. Er schlägt vor, diese Zahlungen erst einmal abzulehnen und später nach Erhalt von weiteren Fakten ggf. doch zuzustimmen.

Herr Voht begrüßt es noch einmal, dass Kronsforde nun dieselbe Taktung der Busse habe, wie die anderen ländlichen Räume. Dies führe auch dazu, dass sich die Eltern, für die Hansestadt Lübeck positive Gedanken machen, bezüglich der Schulwahl für ihre Kinder.

Herr Ramcke befürwortet eine Unterstützung des ÖPNV, aber auch nur, wenn diese bedarfsorientiert sei.

**Herr Lötsch beantragt für die CDU-Fraktion, dass diese Vorlage beschlossen werde, um die ländlichen Räume zu stärken und zusätzlich der Verwaltung zu empfehlen, zu prüfen, ob eine Bindung für fünf Jahre möglich sei und dann den wirklichen Bedarf vor einer eventuellen Verlängerung zu kontrollieren.**

Frau Friedrichsen führt aus, dass sie sich der Empfehlung der CDU-Fraktion anschließen könne, aber nur mit der Ergänzung, dass sich der Bereich Schule und Sport mit dieser Thematik auseinandersetze und man eine Bindungsfrist von nur drei Jahren in Augenschein nehme.

Herr Leber zeigt sich erstaunt darüber, dass hier längerfristige Verträge ausgehandelt werden sollen, zumal der Bedarf sich in jedem Schuljahr ändern könne. Er schlägt deshalb auch kürzere Vertragslaufzeiten vor.

Frau Drochner schlägt vor, mit dem Kreis zu prüfen, ob es eine Ausstiegsklausel gäbe und eine kürzere Bindung möglich sei.

Herr Dr. Eymer möchte wissen, ob diese Informationen bis zu einer Entscheidung durch die Bürgerschaft am 28.09.2017 ermittelt sein könnten, was Frau Drochner ihm zusagt.

Der Vorsitzende wiederholt noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion, dass der Vorlage zugestimmt werde, mit der Empfehlung an die Verwaltung, noch einmal mit dem Kreis Herzogtum-Lauenburg nachzuverhandeln, dass nach drei bis fünf Jahren eine Bedarfsprüfung vorgenommen werde und man eine Ausstiegsklausel vorhalte.

Der Vorsitzende lässt über den ergänzenden Antrag im Zusammenhang mit der Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag mit der Empfehlung an die Verwaltung zu beschließen.*

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, einer Mitfinanzierung zusätzlich bestellter Leistungen im Linienverkehr des Kreises Herzogtum Lauenburg (RZ) zuzustimmen.

**zu 3.3 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Travemünde Skandinavienkai Umbau Anleger 8 (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05190**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Umbau Anleger 8 wird begonnen.

**zu 3.4 Freigabe zur Umsetzung der Baumaßnahme Ersatzneubau Bahnübergang "Am Waldsaum" (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05193**

Herr Voht möchte wissen, ob diese Maßnahme dem geplanten Wohngebiet auf dem Volksfestplatz abgestimmt sei.

Herr Wiese bestätigt ihm dies und ergänzt, dass diese Erneuerung auch eisenbahnbetrieblich zwingend erforderlich sei.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Ersatzneubau Bahnübergang „Am Waldsaum“ wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Verpflichtungsermächtigung (Beschluss der Bürgerschaft zur Vorlage VO/2017/05194) begonnen.

**zu 3.5 Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maßnahme Erneuerung Bahnübergang "Am Waldsaum" (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05194**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2017 wird für das Produktsachkonto 552001 810.785200 – Wasser und Hafen, Erneuerung Bahnübergang „Am Waldsaum“, Tiefbaumaßnahmen gem. § 95 f GO SH i. V .m. § 95 d Abs. 1, Satz 2 bis 5 GO SH eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 415.000 EUR außerplanmäßig bewilligt.

**zu 3.6 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Anleger 4, Erneuerung der Kaimauer (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05198**

Herr Ramcke möchte wissen, wann sich die Investitionen wieder einspielen würden („Return of invest“)

Herr Wiese erläutert, dass der Anleger 4 für die LHG wichtig sei, gerade im Hinblick auf den Containerumschlag und bei der Stadt eine 100%-ige Refinanzierung am Ende der Abschreibung, also nach 30 Jahren erfolge.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Anleger 4, Erneuerung der Kaimauer wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Verpflichtungsermächtigung (Beschluss der Bürgerschaft zur Vorlage VO/2017/05199) begonnen.

**zu 3.7 Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maßnahme Vorwerker Hafen, Anleger 4, Erneuerung der Kaimauer (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05199**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme  
*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2017 wird für das Produktsachkonto 552001 144.785200 – Wasser und Hafen, Vorwerker Hafen, Anleger 4, Erneuerung der Kaimauer, Tiefbaumaßnahmen gemäß § 95 f GO SH i. V. m. § 95 d Abs. 1 Satz 2 bis 5 GO SH eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.500.000 EUR außerplanmäßig bewilligt.

<p><b>zu 3.8</b>    <b>Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Ersatzneubau der Uferbauwerke im Fischereihafen Lübeck-Travemünde (5.691)</b> <b>Vorlage: VO/2017/05200</b></p>
--

Herr Howe möchte wissen, ob die Fläche hinter dem Zaun Richtung der Böbs-Marina, die jetzt nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sei, nach der Umgestaltung öffentlich freigegeben werde und ob es Zuschüsse für dieses Projekt gäbe.

Herr Wiese führt aus, dass es demnächst eine Vorlage geben werde, in der die Verwaltung das Grundstücksgeschäft erläutere. Sollte die Hansestadt Lübeck nach dem erforderlichen Beschluss der Bürgerschaft Eigentümer über diese Fläche werden, werde sie auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bezüglich einer Förderung ergänzt Herr Wiese, dass es bereits Gespräche gegeben habe und ein Förderantrag kurzfristig gestellt werde.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen  
*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Ersatzneubau der Uferbauwerke im Fischereihafen Lübeck-Travemünde wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft zur Vorlage VO/2017/05201 begonnen.

<p><b>zu 3.9</b>    <b>Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung zur Maßnahme Ersatzneubau der Uferbauwerke im Fischereihafen Lübeck-Travemünde" (5.691)</b> <b>Vorlage: VO/2017/05201</b></p>
---

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen  
*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2017 wird für das Produktsachkonto 552001 003.785200 – Wasser und Hafen, Fischereihafen Travemünde, Anlegebrücke, Tiefbaumaßnahmen gem. § 95 f GO SH i. V. m. § 95 d Abs. 1, Satz 2 bis 5 GO SH eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 EUR außerplanmäßig bewilligt.

**zu 3.10 Vorlage zur außerplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung von Brandschutzmaßnahmen und bautechnischen Instandsetzungen an der Julius-Leber-Schule, Marquardt-platz 7, 23554 Lübeck  
Vorlage: VO/2017/05241**

Herr Lötsch äußert seine Bedenken, dass bei einer Zustimmung dieser Vorlage, die veranschlagten 2,4 Mio. Euro für die Sanierung eingeplant seien und man nicht mehr über eine Alternative eines Neubaus als Ersatz für beide Schulgebäude (Marquardtplatz und Brockesstraße) nachdenken könne.

Herr Bunk erläutert, dass es jetzt darum gehe, erst einmal die EW-Bau zu erstellen. Mit der späteren Vorlage zur Freigabe der EW-Bau im Bauausschuss werde der Bereich auch über die voraussichtliche Höhe der Sanierungskosten des Standortes Brockesstraße informieren. Allerdings, ergänzt Herr Bunk, sei aller Wahrscheinlichkeit nach ein Neubau als Ersatz deutlich teurer als die Sanierung beider Standorte, da hier auch noch ein möglicher Grunderwerb berücksichtigt werden müsse. Herr Bunk führt weiter aus, dass rund 60.000 bis 70.000 Euro für die Erstellung der EW-Bau eingeplant werde und die 2,4 Mio. Euro plus die Summe „X“ auch erst für 2018ff notwendig wären.

Herr Howe möchte wissen, wie lange die geplante Situation mit den Containern als Ersatzschulraum dauern werde.

Herr Bunk erläutert, dass man bis Ende 2019 plane. Bei einem Neubau würde diese Zeitschiene aber länger sein.

Frau Friedrichsen möchte wissen, in welchen Zeitabschnitten die Begehungen der Feuerwehr in den Schulen stattfinden.

Herr Bunk erklärt, dass es hierfür keine festen Umläufe gäbe, sondern in der Planungshoheit der Feuerwehr liege.

Frau Friedrichsen möchte weiter wissen, warum diese Mängel bei der letzten Brandschau nicht aufgefallen seien.

Herr Bunk verweist auf die Erläuterungen in der letzten Bauausschusssitzung.

Herr Lötsch möchte wissen, bis wann der Bereich die möglichen Kosten für die Sanierung des Standortes Brockesstraße nennen könne, wenn man der hier vorliegenden Vorlage zustimme.

Herr Bunk sagt dies zu den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2018 zu und ergänzt, dass man jetzt Gelder für das VgV-Verfahren brauche, um die Planleistungen zu beauftragen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause (17:23 Uhr)

Nach einer Beratungspause führt der Vorsitzende die Sitzung weiter fort (17:30 Uhr)

Herr Lötsch möchte wissen, ob der Bereich zu den Haushaltsberatungen im November 2017 konkrete Zahlen nennen könne, die eine Aussage über die Sanierungskosten an beiden Standorten liefere.

Herr Bunk bestätigt, dass man zu den Haushaltsberatungen eine erste Kostenermittlung für beide Standorte vorlegen werde.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Für die Planungsleistungen und bautechnischen Instandsetzungen im Rahmen der erforderlichen Sanierung der Julius-Leber-Schule ist eine außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln auf dem PSK 111029 340 785100 Julius-Leber-Schule, Sanierung in Höhe von Euro 2.400.000,- notwendig.

Die Deckung erfolgt aus dem PSK 612003.000.6821000 Grundstücksan- und verkäufe, Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden.

<p><b>zu 3.11    Projektfreigabe zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie, Parade 2 in 23552 Lübeck über 175.000,00 EUR</b> <b>Vorlage: VO/2017/05244</b></p>
---

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung des Neubaus zur Systemgastronomie in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie wird erteilt.

<p><b>zu 4        Mitteilungen und Berichte</b></p>
---

<p><b>zu 4.1     Mitteilungen des Vorsitzenden</b></p>
--

<p><b>zu 4.2     Sonstige Mitteilungen und Berichte</b></p>
---

**zu 4.2.1 Jahresbericht 2016 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der  
Hansestadt Lübeck  
Vorlage: VO/2017/04922**

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.2 Sitzungstermine des Bauausschusses 2018  
Vorlage: VO/2017/05226**

Die Vorlage wurde unter TOP 1.2 einstimmig auf die Sitzung am 02.10.2017 vertagt.

**zu 4.2.3 Mündlicher Bericht (5.651): Vorstellung der Planung  
Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen (Zusammenlegung der Stand-  
orte)**

Herr Bunk und Herr Babendererde berichten über den aktuellen Zwischenstand bezüglich der geplanten Zusammenlegung beider Standorte und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Borchardt und Herr Petersen erläutern zusätzlich auch Fragen aus dem Ausschuss.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 4.2.4 Mündlicher Bericht (5.660):  
Konzeptioneller Ansatz bei der Planung von Kinderspielplätzen**

Herr Schott erläutert die unten stehenden Ausführungen zum konzeptionellen Ansatz bei der Planung von Kinderspielplätzen, basierend auf eine Anfrage von Frau Czerwinski im Rahmen des Forums der Frauenbürgerschaft.

**Anfrage aus der Bauausschusssitzung am 19.06.2017 – TOP 5.2.11**

Inwieweit besteht seitens der Bauverwaltung ein konzeptioneller Ansatz bei der Planung oder Überplanung von Kinderspielplätzen und wie schaut dieser aus? – mit der Aufforderung an die Verwaltung, ihre konzeptionelle Vorgehensweise - mit Angaben, welche Kriterien mit eingebunden werden - einmal im Bauausschuss vorzustellen.

Welche der Themen aus dem Antrag "Forum Frauen-Bürgerschaft" werden bereits bei der Planung der Spielplatzgestaltung berücksichtigt und welche Punkte aus welchen Gründen nicht?

### **Konzeptioneller Ansatz:**

Bei der **Neuanlage** von Wohngebieten

DIN-gerechte Versorgung und Bau:

Entfernung von vorhandenen oder neu auszuweisenden Spielplätzen max. ca. 300 m bzw. ca. 500 m für Ballspielplätze

Art der Bebauung, EFH und DH mit nutzbarem Grundstück erfordern weniger KSP als Geschosswohnungen

Voraussichtlicher Anteil an Kindern an zukünftigen Bewohnern geht in die Überlegungen zur Größe und Anbindung ein.

Vernetzung mit Grünzügen wird angestrebt, da zusätzliche Spielmöglichkeiten entstehen und naturnahes Spiel wichtig ist.

Die gute Erreichbarkeit ist ebenso wichtig wie die sichere Zuwegung für Kinder, die möglichst auch alleine und ab einem Alter von sechs Jahren unbegleitet zum Spielplatz kommen sollen.

Die Kinderspielplätze sollen eine gewisse Größe aufweisen, damit nicht nur Spielgeräte Platz finden sondern auch eine angemessene Grünfläche mit Bäumen zur Verfügung steht.

Bei **Überplanungen** im Bestand gilt zunächst die im KSP-Bericht von 2010 aufgestellte Liste der Spielplätze mit Umgestaltungsbedarf, die im Juli 2011 durch Beschluss der Bürgerschaft zur Leitlinie bei der zukünftigen Entwicklung der städtischen Kinderspielplätze wurde.

Reagieren auf aktuelle Abnutzungen und / oder Vandalismusschäden ist erforderlich und hat unmittelbaren Einfluss auf die Prioritätenbildung.

Flexible Abarbeitung der Liste findet in enger Rückkopplung der aktuellen Erfahrungen des Außendienstes und der Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung. Jährliche Überprüfung der Prioritäten durch die Planungsabteilung.

Knappheit der Finanzmittel lässt nur punktuelle Verbesserungen zu, die wir versuchen, über die Stadtteile zu streuen.

(Der KSP-Bericht war auf zehn Jahre ausgelegt, jährlich sollten fünfhunderttausend Euro in Grundüberholungen fließen, tatsächlich sind im Mittel dreihunderttausend Euro verfügbar.)

Begehung mit Mitarbeitern aus der Planung und der Unterhaltung zum Abgleich der Prioritäten wird von Fall zu Fall durchgeführt. Anhand der Nutzungsspuren auf den Plätzen und ergänzend und wichtig auch in der Umgebung ergibt sich ein Bild über den aktuellen Bedarf.

Gegebenenfalls werden statistische Daten der Kinderzahlen herangezogen, wenn Nutzungsspuren nicht klar ersichtlich sein sollten.

### **Beteiligung von Erwachsenen**

Die Beteiligung von Kindern und Jugendliche ist durch die Schleswig-Holsteinische Gemeindeordnung vorgeschrieben, eine Beteiligung der Erwachsenen nicht.

Die personellen und finanziellen Ressourcen sind sehr knapp, für eine eigene Beteiligung der Erwachsenen war bisher kein Spielraum, da es ja vorrangig um Kinderspielplätze geht.

Die eigenen Mitarbeiter und die beauftragten Büros haben überwiegend selbst Kinder und kennen aus eigener Anschauung das „Leben auf Kinderspielplätzen“. Anregungen aus der Bevölkerung nehmen wir in jedem Falle aber gerne entgegen.

Bei den aktuellen Umgestaltungen im Rahmen der Sozialen Stadt und des Drägerparks als zentralem Spielplatz werden z. B. auch Picknicktische eingebaut, mit denen ein längerer Aufenthalt der begleitenden Erwachsenen erleichtert wird.

### **Sitzgruppen**

Wir planen seit Jahren Sitzgruppen auf Spielplätzen mit ein.

Wir achten dabei sehr auf die bisher feststellbare Nutzung auf den Spielplätzen.

Hier gibt es vor allem in der Nähe von Nahversorgungsbetrieben eine Klientel an Alkoholabhängigen, die diese Sitzgruppen nur zu gerne vom frühen Morgen an belagern und eine Nutzung durch Kinder begleitende Erwachsene unmöglich machen. Auch gibt es KSP, die feiernde Jugendliche magisch anziehen und denen wir nicht noch nette Aufenthaltsflächen für spätabendliche Saufgelage anbieten wollen.

### **Spielplätze in die Nähe von Toiletten und Einkaufsmöglichkeiten legen**

Im Bestand gibt es meistens keine Standortalternativen, meist liegen die Spielplätze am Rand der Wohnsiedlungen. Außerdem gilt das oben bei Sitzgelegenheiten schon Beschriebene.

In der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten wird immer Fahrzeugverkehr erzeugt, der für Kinderspielplätze zu einem Sicherheitsrisiko führt.

Die Einbindung von KSP in Grünzüge wird vom Bereich Stadtgrün und Verkehr wegen der zusätzlichen Spielanreize bevorzugt, und von der DIN empfohlen.

### **Infotafeln / Pinwände als Orte der Kommunikation**

Frei zugängliche Infotafeln sind extrem vandalismus- und graffiti -gefährdet. Wer überwacht den Inhalt und das Ablaufdatum? Gerade bei großen Spielplätzen ist dies ein schwieriger Punkt.

Auf dem Spielplatz Ellerbrook und der Katharinenwiese haben wir eine Infotafel aufgestellt, diese wurden aber ständig verschmiert.

### **Gemeinschaftsplätze**

Vorrangig beim Ausbau der Bezirksspielplätze und der KSP mit überlokaler Bedeutung versuchen wir auch den Erwachsenen gerecht zu werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u.a. der Meesenplatz, der Grünzug in Buntekuh, die Humboldt看iese in der Dornbreite, der Drägerpark, die Katharinenwiese in Israelsdorf.

Wenn wir alle Kinderspielplätze auch für Erwachsene mit einer gewissen Attraktivität aufrüsten sollen, sind die finanziellen und personellen Ressourcen nicht ausreichend. Diese Verlagerung würde zu einer weiteren Verlangsamung in der Abarbeitung der Umgestaltung aller Spielplätze werden. Finanzmittel, die bisher ausschließlich für Kinder vorgesehen sind, würden sozusagen umgeschichtet.

Die Erneuerung der großen Wasserspielplätze wie Drägerpark und Kaisertor in den Wallanlagen kostet wegen der zu erneuernden technischen Installationen deutlich mehr als im Bericht von 2010 geschätzt.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist kaum Spielraum für eine über die Grundüberholung hinausgehende Aufbesserung der Kinderspielplätze.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 4.2.5 Mündlicher Bericht (5.660):  
Grundhafte Sanierung der Kantstraße - Aktueller Sachstand**

Frau Glogau berichtet zum aktuellen Sachstand bezüglich der grundhaften Sanierung der Kantstraße analog zum Hauptausschuss und weist auf die kommende Beschlussvorlage in der Sitzung am 02.10.2017 hin.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 4.3 Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung**

**zu 4.4 Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen**

**zu 4.5 Eilentscheidungen des Bürgermeisters**

**zu 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

**zu 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

**5.1.1 Konzeptioneller Ansatz bei der Planung von Kinderspielplätzen (Herr Ramcke) 5.660**

**TOP 5.2.11 am 19.06.2017**

Inwieweit besteht seitens der Bauverwaltung ein konzeptioneller Ansatz bei der Planung oder Überplanung von Kinderspielplätzen und wie schaut dieser aus? – mit der Aufforderung an die Verwaltung, ihre konzeptionelle Vorgehensweise - mit Angaben, welche Kriterien mit eingebunden werden - einmal im Bauausschuss vorzustellen.

Welche der Themen aus dem Antrag "Forum Frauen-Bürgerschaft" (siehe Anlage) werden bereits bei der Planung der Spielplatzgestaltung berücksichtigt und welche Punkte aus welchen Gründen nicht?

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

**Abschließende Antwort:**

In der Sitzung des Bauausschusses am 18.09.2017 wird unter TOP 4.2.4 hierzu ein Bericht seitens des Bereiches Stadtgrün und Verkehr stattfinden.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.1.2 Antrag Bü90/DieGrünen - Weltkulturerbe (Herr Ramcke) 5.610**

**TOP 5.2.8 am 17.07.2017**

Herr Ramcke möchte wissen, ob der von seiner Fraktion in der Bürgerschaft gestellte Antrag zum Weltkulturerbe, der in der letzten Sitzung im Bauausschuss unter TOP 5.3.11 positiv abgestimmt wurde, als Frage hätte formuliert werden müssen.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

**Abschließende Antwort:**

Der Antrag muss nicht als Frage formuliert werden. Die Verwaltung erstellt einen Bericht zur Bürgerschaft im November 2017.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.1.3 Lübeck 2030 – Gebiet G 9 (Herr Pluschkell) 5.610**

**TOP 5.2.9 am 17.07.2017**

Herr Pluschkell möchte wissen, wann der unter TOP 5.2.2 in der Bauausschusssitzung am 06.03.2017 zugesagte Bericht zum Gebiet G9 (Moisling) zu Lübeck 2030 im Bauausschuss gegeben werde.

**Zwischenantwort am 17.07.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

**Abschließende Antwort am 04.09.2017:**

Die Flächen südlich der Bahntrasse Hamburg-Lübeck in Moisling stehen im Fokus der städtebaulichen Entwicklung. Im Konzept Lübeck 2030 ist diese Fläche als potenzielle Gewerbefläche identifiziert worden. Da es keinen Autobahnanschluss gibt, ist nur eine kleinteilige Entwicklung möglich. Aufgrund der Entscheidung an dieser Stelle einen Bahnhofspunkt Lübeck-Moisling einzurichten, ist eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet worden, um die Entwicklungsmöglichkeiten der Fläche mit dem Ziel der Aufstellung eines Rahmenplans zu untersuchen. Der aktuelle Entwurfs-

stand sieht die Entwicklung von eingeschränktem Gewerbe vor. Als Ergänzung zum hohen Anteil von gefördertem Wohnungsbau in Moisling könnten zudem mittelpreisige Wohneigentums-Angebote geschaffen werden. Bei der Entwicklung der Fläche sind die Vorgaben durch das vorhandene Landschaftsschutzgebiet und die Ausgleichsflächen zu berücksichtigen.

Als nächste Arbeitsschritte werden eine schalltechnische Untersuchung beauftragt und eine Kostenschätzung für die technische Erschließung abgefragt. Des Weiteren wird abgeschätzt, wie viel zusätzlicher Verkehr am Stadtteileingang August-Bebel-Straße / Stecknitzstraße / Moislinger Baum verträglich ist.

**Weitere Nachfragen am 04.09.2017:**

Herr Pluschkell möchte wissen, ob die in der Antwort aufgeführten schalltechnischen Untersuchungen generell durchgeführt werden oder nur im Hinblick auf den Bahnhalteteppunkt. Ebenso möchte er dies im Zusammenhang mit der technischen Erschließung wissen.

**Abschließende Antwort am 18.09.2017:**

Die schalltechnische Untersuchung soll vor allem Aufschluss darüber geben, in welchem Umfang und ggf. mit welchen Nutzungsbeschränkungen die Flächen zwischen Bahntrasse und Autobahn entwickelt werden können. Zudem werden die Kosten für notwendige Schallschutzmaßnahmen bezogen auf die mögliche Flächenentwicklung abgefragt.

Auch die Stellungnahme zur entwässerungstechnischen Erschließung bezieht sich auf die oben erläuterte, angedachte Flächenentwicklung.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.1.4 Travemünder Landstraße (MAZ) (Herr Prieur) 5.610**

**TOP 5.2.10 am 04.09.2017**

Herr Prieur möchte Informationen über eventuelle B-Pläne der drei Grundstücke in der Travemünder Landstraße (MAZ, Recyclinghof und Blessenkoppel).

**Zwischenantwort am 04.09.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

**Abschließende Antwort am 18.09.2017:**

Im gesamten Bereich südöstlich der Travemünder Allee zwischen Henry-Koch-Straße im Norden und der Hafentbahn im Süden, in dem die o.g. drei Grundstücke liegen, gibt es keinen rechtswirksamen Bebauungsplan und wird gegenwärtig auch kein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans betrieben.

**Weitere Nachfrage am 18.09.2017:**

Herr Prieur möchte zusätzlich auch wissen, welche Bauanträge für das beschriebene Gebiet eingegangen sind und wie deren Bearbeitungsstand sei.

**Zwischenantwort am 18.09.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## zu 5.2 Neue Anfragen

### 5.2.1 Brolingplatz – Schrankenanlage (Herr Rostkowski) – 5.660

Herr Rostkowski spricht die defekte Schrankenanlage am neugestalteten Brolingplatz an und möchte wissen, ob die Behebung des Schadens über die Garantie abgedeckt sei.

Frau Glogau teilt mit, dass die Beeinträchtigung der Funktion der Schrankenanlage daraus resultiere, dass dort Fahrzeuge gegen gefahren seien.

Herr Rostkowski möchte wissen, ob eine Reparatur in Aussicht gestellt werden könne.

#### **Zwischenantwort:**

Frau Glogau teilt mit, dass erst einmal die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung für diese Schrankenanlage geklärt werden muss.

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### 5.2.2 Katharineum Aula (Herr Lötsch) – 5.651

Herr Lötsch möchte wissen, ob Gelder in den Haushalt 2018 eingestellt worden sind, um die Probleme mit der Beleuchtung und der Belüftung in der Aula des Katharineums zu beheben.

#### **Zwischenantwort:**

Herr Bunk wird den Sachstand hinterfragen.

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## zu 5.3 Anträge

### zu 5.3.1 Antrag des AM Carl Howe [GAL]: Fußgängerbrücke Wakenitz Vorlage: VO/2017/05263

Der Antrag wurde unter TOP 1.2 einstimmig auf die Sitzung am 02.10.2017 vertagt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (18:50 Uhr).

**zu 11      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 20:40 Uhr.

Lübeck, den 7. November 2017

Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen  
Protokollführung